

# Die Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Hast du schon ein Programm  
zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich (inkl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Götterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 600, Dresdener Verlagsgesellschaft  
Schiffverteilung: Dresden-21, Götterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechtstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abzeichenpreis: Die neunmal gebildene Monatszeitschrift oder deren Raum 20 RM. für Familien-Abzeichen 20 RM. für die Anwerbestelle anschließend an den dreißigstägigen Zeit einer Zeitschrift 10 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Götterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dienstag, den 25. Oktober 1927 Nummer 250

## Verrat an der Arbeitererschaft Hamburg — eine Lehre für das Proletariat

Im Reich vollführt die SPD eine betrügerische Scheinopposition gegen die bürgerlichen Parteien. In Sachsen vollführt die SPD die gleichen Mandoer. Wenn die Arbeiter die Haltung der SPD in Sachsen, ihre Stellungnahme zur Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien sehen, dann sollen sie glauben, die SPD führe einen ernsten Kampf gegen die Kapitalisten. Wir haben schon oft diesen Scheinoppositionellen Charakter der SPD aufgedeckt und gleichzeitig den Arbeitern gezeigt, wie die SPD in Wirklichkeit die Kapitalisten unterstützt. In Hamburg haben wir jetzt wieder ein Schulbeispiel der Politik der SPD. Hamburg muß deswegen die Beachtung der Arbeiter im ganzen Reich, besonders aber der sächsischen Arbeiter finden.

In Hamburg haben die Kommunisten und Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen die überwiegende Mehrheit erhalten. Die SPD hat darauf der SPD Vorschläge zur Ausnutzung dieser Mehrheit unterbreitet. Die SPD erklärte sich bereit einen SPD-Senat zu unterstützen. Die SPD verlangte, daß man unter Mobilisierung der Massen Arbeiterforderungen durchsetze. Die SPD zeigte von Anfang an, daß sie keinen Kampf um Arbeiterforderungen will, sie will keinen SPD-Senat, gestützt auf die Kommunisten, sie will unter allen Umständen in der Koalition mit dem Bürgerblock verbleiben. Anstatt auf die Forderungen der SPD einzugehen, stellte der ADGB und die SPD eine Anzahl Gegenfragen. Die SPD antwortete am 19. Oktober an den ADGB, am 21. Oktober an die SPD, trotzdem hat weder die eine noch die andere Instanz den Vorschlag zu Verhandlungen angenommen oder einen Termin festgelegt, an dem diese Verhandlungen beginnen sollten. Dafür aber führte die SPD Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien. Am Sonnabend verbleibt das Echo die Frage der Ausnutzung aus dem Hauptteil des Blattes auf den weniger beachteten lokalen Teil. Das Interesse der Leser soll auf andere Dinge gelenkt werden. Auf die Antwort der SPD auf die neun Punkte der SPD geht das Echo nicht ein. Dann aber erklärt das sozialdemokratische Organ, daß die SPD sich freie Hand nach links und rechts behalten müsse. Zuerst hieß es bekanntlich anders, da hieß es, links links, jetzt Freiheit nach links und rechts.

Jetzt schreibt die SPD, sie müsse sich um das Zustandekommen einer regierungsfähigen Mehrheit kümmern, die SPD wolle ja nicht an der Regierung teilnehmen. Die SPD, die Partei Marx-Engels übernimmt keine Verantwortung für den kapitalistischen Staat, das ist richtig, sie übernimmt die Verantwortung für die Arbeiterinteressen. Die SPD will nicht die Arbeiterinteressen vertreten, sondern den kapitalistischen Staat, der die Arbeiter ausbeutet und unterdrückt. Die SPD hat in ihrem Brief ganz deutlich erklärt:

... tungen zu verzichten, die nur durch die Reichs- bzw. Landesgesetzgebung geregelt werden können?

Der Verhandlungsleiter, der SPD-Landtagsabgeordnete Gehrmann, erklärte, daß die SPD diese Fragen mit einem einfachen Ja ohne jede Einschränkung beantworten müsse, sonst wären alle weiteren Verhandlungen zwecklos. Trotz dieses Ultimatums der SPD und des ADGB fand eine längere mündliche Aussprache statt. Sie endete mit der abermaligen Erklärung Gehrmanns: entweder Ja zu den vier Fragen, oder die Verhandlungen sind zerfallen. Die Vertreter der SPD gaben daraufhin folgende schriftliche Antwort:

„Wir erklären, daß wir im Gegensatz zur SPD nach wie vor ehrlich beabsichtigt sein werden, alles zu tun, um die Interessen der wertvollen Bevölkerung der Stadt Hamburg-Wilhelmsburg zu vertreten. Wir erklären, daß wir die Gewerkschaften nie bekämpfen, sondern mit allen Mitteln unterstützen werden. Eine sachliche Kritik der Taktik und der Politik der Gewerkschaftsleitungen werden wir jedoch nach wie vor entsprechend der Notwendigkeit und im Interesse der Arbeitererschaft führen müssen. Wir halten für unbedingt notwendig, daß die aufgestellten Arbeiterforderungen von den Gewerkschaften mit allen Mitteln unterstützt werden.“

Wir sind daher bereit, dem Staat als einer faktischen Frage nach Prüfung zuzustimmen, wenn die im Interesse der wertvollen Bevölkerung aufgestellten Forderungen parlamentarisch und außerparlamentarisch von KPD und SPD gemeinsam durchgesetzt werden.

Das selbe, was zum Staat gelangt ist, gilt für die Frage 2. Zur Frage 4 stellen wir die Gegenfrage: Ist die SPD bereit, mit uns gemeinsam gegen alle einschneidenden Bestimmungen der kommunalen Selbstverwaltung der Reichs- und Landesgesetzgebung innerhalb und außerhalb des Parlamentes zu kämpfen?

Im Interesse der wertvollen Bevölkerung bedeuten wir die durch die Haltung der Vertreter der SPD und des ADGB herbeigeführte Zerklüftung der Verhandlungen. Die SPD wird trotzdem mit allen Kräften für die Durchsetzung der von ihr aufgestellten Arbeiterforderungen kämpfen.

Trotzdem die SPD eine gemeinsame Ausnutzung der Mehrheit von KPD und SPD zur Durchführung von Ar-

beiterforderungen innerhalb und außerhalb des Parlamentes ablehnt, erklärt die SPD, daß sie jeden im Interesse der wertvollen Bevölkerung liegenden Antrag der SPD im Stadtparlament mit allen Mitteln unterstützen wird.

Die SPD wird der SPD durch die Unterstützung bei Wahlen ihrer Genossen an verantwortliche Stellen in Gemeinden Gelegenheit geben, ihre gemachten Versprechungen und ihre Behauptung, Arbeiterinteressen zu vertreten, einzuüben.“

SPD- und ADGB-Vertreter erklärten, daß sie auf ihrem Ultimatum beständen, und alle weiteren Verhandlungen daher zwecklos seien.

Aus der Antwort unserer Genossen geht hervor, daß sie dem gewöhnlichen und außergewöhnlichen Staat zustimmen werden, vorausgesetzt, daß die Arbeiterforderungen erfüllt werden; daß sie keine gehässigen Angriffe gegen die Gewerkschaften richten, sich aber nie die sachliche Kritik der Taktik nehmen lassen werden; daß die SPD bereit ist, den Kampf gegen die einschneidenden Bestimmungen des Reichs- und Landesgesetzes gemeinsam mit der SPD zu führen, die ja von diesem Kampf gegen den Bürgerblock während der Wahl als einer ihrer Hauptaufgaben immer wieder geredet hat.

Die Ablehnung bedeutet, daß die SPD- und ADGB-Führer niemals gewillt waren, die gemeinsame Front gegen das Bürgergertum zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen herzustellen. Die SPD-Führer wollen die Koalition mit dem Bürgergertum. Die Arbeitererschaft Hamburg-Wilhelmsburg aber will die Durchsetzung von Arbeiterforderungen. Die SPD-Führer müssen durch den Druck der Arbeiterkassen gezwungen werden, das Versprechen zu erfüllen.

Dieses Verhalten der Hamburger SPD-Führer kennzeichnet die SPD-Politik überhaupt. In Preußen ist die SPD mit Zentrum und Demokraten in der Regierung, im Berliner Rathhaus betreibt die SPD eine arbeitereindliche Politik. Sie unterstützt das feindselige Schulgesetz, sie läßt im Reichstag den Bürgerblock bestehen. Die SPD-Führer in den Gewerkschaften führen keinen Kampf gegen den Schlichtungsschwindel. Die SPD unterstützt die Niederschulst, kündigt Hindenburg.

Die Arbeiter in den Betrieben müssen Stellung zu diesem Verhalten nehmen. Schluß mit der Koalitionspolitik, Sturz des Bürgerblocks, Kampf gegen den Schlichtungsschwindel, das muß der Kampf der Arbeiter sein. Diesen Kampf können die Arbeiter aber nur gegen die SPD-Führer durchsetzen.

## Die Lehren von Mitteldeutschland

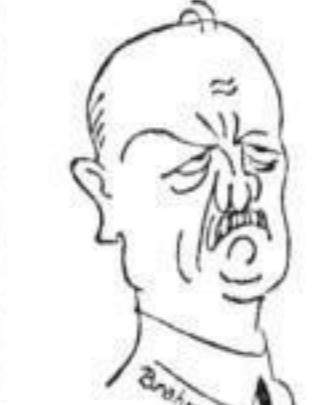
Durch Verhandlungen und Schlichtungsschwindel 3 Prozent, durch Streik 11,5 Prozent Lohnerhöhung

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist die Arbeit wieder aufgenommen. Die Bergarbeiter sind nach einem einwöchigen Kampfe wieder zum Schacht und damit wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Die reformistische Verbandsbureaufkratie stellt den Erfolg, den die Bergarbeiter erlangen haben, als einen vollen Sieg der Gewerkschaftsführer hin. Husemann drückt sich in einem Artikel in der SPD-Presse etwas vorfertigter aus. Er nennt den Erfolg in Mitteldeutschland einen „Sieg der Organisation“. Es ist daher notwendig, eingehend auf die Vorgeschichte und den Verlauf des Kampfes einzugehen, ihn auch mit anderen Lohnbewegungen zu vergleichen, um festzustellen, ob es sich um einen Sieg handelt, und wenn dann die Siegespalme gehört.

Ohne Zweifel ist die Gewährung einer Lohnerhöhung von 11,5 Prozent ein Erfolg, wie er seit Jahren in keinem deutschen Bergbaurevier bei keiner Lohnbewegung erzielt wurde. Man vergleiche nur die Lohnabkommen von August und September 1926 während des engl. Bergarbeiterkampfes. In dieser Zeit hatten in allen Kohlenrevieren die Grubenmannschaften Kleingewinne erzielt. Als Lohnerhöhung für die Bergarbeiter wurden gegeben hier drei, dort vier Prozent. Ebenso war es in diesem Frühjahr im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Sachsen, im Baurnggebiet, im linksrheinischen Braunkohlenggebiet; überall wurde nur eine Lohnerhöhung von 2 bis 4 Prozent zugestanden.

Angefaßt dieser Tatsache sind die 11,5 Prozent im jetzigen Kampfe im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet ein Erfolg des Kampfes. Wenn auch der Schlichter sagt, daß die 11,5 Prozent der Bergarbeiterlöhne — wie schon gelagt — nur um 2 bis 4 Prozent erhöht wurden. Das weit größere Zugeständnis im mitteldeutschen Kampfe ist ohne Zweifel nur erfolgt, weil sich die Bergarbeiter im Streik befanden. Bei einer Erhöhung der Löhne um nur 4 oder 5 Prozent wäre es weder der Gewerkschaftsbureaufkratie noch dem Reichsarbeitsminister gelungen, die Bergarbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Die Konjunktur ist aber gut. Die Kapitalisten können einen längeren

Kampf zur Zeit nicht verkraften. Darum mußten sie schon nach einer Woche Zugeständnisse machen, die weit über das hinausgehen, was sie sonst ohne Kampf zu bewilligen bereit sind.



Professor Brahu  
der Schlichter im Braunkohlenggebiet

Gewiß sind die 60 Pfennig oder 11,5 Prozent Lohnerhöhung nicht das, was die Bergarbeiter gefordert haben. Gewiß hätten die Bergarbeiter ihre Forderung „Erhöhung aller Schichtlöhne um mindestens 80 Pfennig“ rechts durchgesetzt, wenn die Gewerkschaftsbureaufkratie nicht wie immer sofort auch hier wiederum vor dem Schlichtungsamt kapituliert hätte. Wäre der Schlichtungsamt auch von der Konferenz des Verbandes abgesehen und der Kampf weitergeführt worden, so hätte es keine acht Tage mehr gedauert, und die restlose Erfüllung der Bergarbeiterforderungen wäre sicher erfolgt.



Generaldirektor Pitschke  
der Führer der Grubenarbeit

Bedenkt man aber, daß die Bureaufkratie des Bergarbeiterverbandes vor Beginn des Kampfes schon erklärte, daß bei einer Erhöhung des Lohnes um 25 bis 30 Pfennig pro Schicht auf den Kampf verzichtet würde, und daß sie den Reichsarbeitsminister geradezu bestärkte, um vor Beginn des Kampfes einen Schlichtungsanspruch zu füllen und den Kampf zu verhindern, bedenkt man weiter, daß die Leistung des Bergarbeiterverbandes beantragt hatte, dem Ende Juli gefällten Schlichtungsanspruch, der eine Lohnerhöhung von nur 3 Prozent, also von 15 bis 18 Pfennig pro Schicht vorlag, für verbindlich zu erklären, erst dann wird man erkennen, daß das im mitteldeutschen Kampfe Erreichte ein Erfolg der mitteldeutschen kämpfenden Bergarbeiter ist und nicht der Verbandsbureaufkratie.

Der Ausgang des mitteldeutschen Kampfes zeigt mit aller Deutlichkeit, wie falsch die Taktik der Husemann und Genossen ist, alle Schlichtungsprüfung anzuerkennen und ihre Verbindlichkeitsverklärung zu verlangen. Wäre es nach dem Wunsch Husemanns, Schmidts usw. gegangen, und hätte der Reichsarbeitsminister Anfang August den 4prozentigen Schlichtungsanspruch für verbindlich erklärt, wo wäre dann die jetzige 60-Pfennig-Lohnerhöhung geblieben? Die mitteldeutschen Bergkumpels hätten dann bis zum nächsten Frühjahr nur für 18 Pfennig mehr pro Schicht (schufen

Jetzt schreibt die SPD, sie müsse sich um das Zustandekommen einer regierungsfähigen Mehrheit kümmern, die SPD wolle ja nicht an der Regierung teilnehmen. Die SPD, die Partei Marx-Engels übernimmt keine Verantwortung für den kapitalistischen Staat, das ist richtig, sie übernimmt die Verantwortung für die Arbeiterinteressen. Die SPD will nicht die Arbeiterinteressen vertreten, sondern den kapitalistischen Staat, der die Arbeiter ausbeutet und unterdrückt. Die SPD hat in ihrem Brief ganz deutlich erklärt:

„Wir übernehmen vor dem Proletariat die volle Verantwortung für ihre Politik, keinesfalls aber für die Politik einer anderen Partei. Die SPD übernimmt die Verantwortung dafür, daß sie, wenn es zu einer Vereinbarung mit SPD und ADGB kommt, einer SPD-Regierung die Möglichkeit zum Arbeiten gibt, die diese Arbeiterforderungen durchführt.“

Der SPD wird es nicht gelingen, die Arbeiter zu verwickeln. Das Echo versucht die Arbeiter zu täuschen, es schreibt:

„Es ist klarzustellen, daß über die grundsätzliche Stellung zum Staat die SPD und SPD sich nicht einigen können. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sind aber darum nicht gegenstandslos geworden. Es bleibt immer noch die Möglichkeit einer Verständigung über die Durchsetzung von Arbeiterforderungen, die von beiden Parteien gemeinsam vertreten werden können. Dazu hat der Ortsausschuss der Gewerkschaften keine Vermittlung angeboten, und die Sozialdemokratische Partei ist noch wie vor bereit, auf dieser Basis mit der SPD zu verhandeln.“

Dem Arbeiter soll mit diesem Trick vorgegaukelt werden, als sei die SPD trotz der versprochenen Auffassung über den Staat mit der SPD zusammengedrungen. In Wirklichkeit will die SPD aber etwas anderes. Sie will mit den Demokraten und Volksparteilern eine Koalition bilden, die SPD soll dann die SPD in dieser Koalition unterstützen. Die SPD möchte die SPD auf die kapitalistische Koalition binden. Die SPD wird den rechtskonserativen Kampf gegen eine solche Koalition führen. Die SPD führt den Kampf für die Interessen der Arbeiter, gegen die Kapitalisten.

Das die SPD keinen Kampf für Arbeiterforderungen will, zeigen nachfolgende Vorgänge von Hamburg-Wilhelmsburg.

Am Sonnabend nachmittag fanden im Volksblatt-Haus in Hamburg die Verhandlungen zwischen KPD, SPD sowie ADGB statt. Jede Organisation hatte 3 Vertreter entsandt. Die Vertreter der SPD und des ADGB lehnten kategorisch die Stellungnahme zu den von uns veröffentlichten Forderungen der KPD ab. Hiernach legten sie uns nachfolgende 4 Fragen vor:

1. Ist die SPD bereit, für die Dauer einer Gemeinschaftsarbeit sich jeden gehässigen Angriff auf die SPD und die freien Gewerkschaften zu enthalten?
2. Ist die SPD bereit, dem Haushaltesatz der Stadt Hamburg-Wilhelmsburg mit ihrem Stimmverbot zur Annahme zu verhelfen?
3. Ist die SPD bereit, bei den außerordentlichen finanziellen Belastungen des städtischen Etats für Deckung innerhalb der für die Gemeinden geltenden gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen?
4. Ist die SPD bereit, im Magistrat und Bürgerchaftsforum der Stadt Hamburg-Wilhelmsburg auf alle Forderungen zu verzichten, die nur durch die Reichs- bzw. Landesgesetzgebung geregelt werden können?

SLUB  
Wir führen Wissen.